

Protokoll

Liga FA Soziales am 23.02.17

15 bis 17 Uhr beim Caritasverband Erzbistum Berlin e.V./ Residenzstraße 90

Anwesend: Birgit Münchow, Christina Müller (AWO), Irina Meyer, Markus Pleyer (Paritätischer LV), Heike Golletz (DRK), Dr. Susanne Fairlie (LAG SIB), Wiebke Rockhoff (DWBO)

Moderation: Gabriela Hockertz (CV)

Protokoll: Wiebke Rockhoff (DWBO)

TOP 1 Begrüßung, Ergänzung und Festlegung der Tagesordnung sowie Protokoll

Das Protokoll vom 17.01.17 wurde verabschiedet.

TOP 2 Neues aus den Jobcenterbeiräten – Herr Pleyer

Herr Pleyer berichtet über seine Arbeit als Mitglied der JC-Beiräte in den Bezirken Mitte, Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg; in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg hat er den Beiratsvorsitz inne. Zielsetzung der Beiräte ist die Beratung der JC bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und Maßnahmen.

Im Zuge der letzten Gesetzesänderung im SGB II wurde die Rolle der Beiräte aufgewertet. Es dürfen Stellungnahmen abgegeben werden, die vom JC berücksichtigt werden müssen. Diese Stellungnahmen werden auch erwartet, aus Sicht von Herrn Pleyer sind die Beiräte auf die Wahrnehmung dieser Rolle jedoch nicht vorbereitet bzw. die Mitglieder nicht ausreichend kompetent, um sie gut auszufüllen.

Er schlägt vor, die Beiratsarbeit für Stellungnahmen der LIGA-Verbände zu den Arbeitsmarktprogrammen zu nutzen bzw. sich hierauf zu konzentrieren. Er sagt hierfür zukünftig eine enge Abstimmung zu. Zur Arbeitsweise der Beiräte erläutert er, dass jede*r Vorsitzende Unterarbeitsgruppen unter Beteiligung von Expert*innen einrichten könnte, was jedoch nicht genutzt werde. **Auch dieses Mittel der Einladung fachkompetenter Gäste würde er gerne mehr nutzen.**

Insgesamt agieren die Beiräte sehr unterschiedlich: Sowohl die Praxis der Herausgabe von Zahlen als auch z.B. Verfahren zur Wahl des Beiratsvorsitzenden sind sehr unterschiedlich. In die Thematik Umwidmungen von Mitteln aus dem Eingliederungstitel in das Verwaltungsbudget haben die Beiräte keinen Einblick und an dieser Stelle auch keine Einflussmöglichkeiten. Da sich eine möglichst vollständige Zielerreichung/ Ausschöpfung der EGT für benannte Ziele positiv für das jeweilige JC auswirkt, ist die Motivation, Ziele entsprechend machbar zu formulieren um im nächsten Jahr keine Mittelkürzungen hinnehmen zu müssen, sehr groß. Dementsprechend ist es für JC nur dann „attraktiv“, besondere Anstrengungen im Bereich „Arbeitsmarktintegration Geflüchteter“ zu unternehmen, wenn dieses Ziel in den Zielekatalog aufgenommen bzw. mit Quoten unterlegt wurde. Die Planung solcher Quoten wiederum wird dadurch erschwert, dass die Wohnortfrage ungeklärt ist. Bei einer klaren Wohnortzuordnung könnte eine klare Zuordnung

zum JC erfolgen. Entsprechend wäre auch eine Motivation zur Befassung mit der Zielgruppe gegeben. Die Geburtsmonatsregelung ist aus Sicht von Herrn Pleyer die größte Hürde bei der besseren Vermittlung der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt durch die JC.

Herr Pleyer merkt noch an, dass die IHK verstärkt den Anschluss an die Sozialwirtschaft sucht.

Verabredungen:

- Regelmäßiger Austausch zwischen den für Arbeitsmarktthemen und Beiratsarbeit zuständigen Referent*innen der Parität, der AWO und der Diakonie (Pleyer, Müller, Rockhoff).
- Protokolle der Beiräte und Tischvorlagen werden von Herrn Pleyer an die anderen LIGA-Verbände weitergegeben.
- Stellungnahmen sollen auf lokaler Ebene durch die Verbände gemeinsam erarbeitet werden.

TOP 3 Arbeitsmarkt

Frau Müller und Frau Rockhoff erläutern kurz die grundsätzliche Offenheit der neuen Landesregierung gegenüber öffentlich geförderter Beschäftigung und dem Passiv-Aktiv-Transfer. Eine gemeinsame Stellungnahme der Verbände zur Arbeitsmarktpolitik soll zeitnah erarbeitet werden.

TOP 4 Unabhängige Sozialberatung

Die Vorarbeit des FA stieß bei den LIGA-GF auf Zustimmung. Eine Konkretisierung der Forderungen soll zeitnah erfolgen. Dabei wird auf eine evtl. mögliche Orientierung am Ausbau der Erziehungs- und Familienberatung sowie der Migrationsdienste verwiesen. Der FA sollte nach dem Wunsch der GF sowohl statistische Belege für den Bedarf an unabhängiger Sozialberatung zusammentragen als auch die Mittelforderungen besser belegen. Ziel sei die Erstellung eines Kurzkonzpts. Die Anwesenden sind der Auffassung, dass die verlangte Zuarbeit bereits in großen Teilen geleistet wurde. Die Überblicksliste, die bisher so nicht weitergegeben wurde, enthält viele der angefragten Informationen.

Verabredung:

- Durchsicht des Konzeptes Migrationsdienste
- Sachkosten und Regiekosten pro Stelle werden konkretisiert (Hockertz)

TOP 5 Wohnen

Die Arbeitsgruppe des FA zu Gewaltschutzkonzepten für Obdachlose/ ASOG-Einrichtungen besteht aus Frau Münchow und Frau Meyer, die zunächst vorhandene Konzepte recherchieren. Frau Lühr/ DWBO soll zum nächsten FA-Termin eingeladen werden, um über das Projekt der Diakonie zur Implementierung von Gewaltschutzkonzepten in Flüchtlingsunterkünften zu berichten.

Frau Münchow berichtet über ein Gespräch der Fachgruppe „Wohnungslose Menschen“ der Iak Berlin mit Herrn Hilgenfeld/ Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen

e.V. (BBU) zu den Wirkungen der wohnungspolitischen Maßnahmen. Es gab „nur“ 395 Räumungen aber sehr viele Räumungsklagen. Es wird auch thematisiert, dass die WBS mit Dringlichkeitsvermerk („besonderer Wohnbedarf“) nicht vollständig ausgeschöpft sind. Darüber sollten die Beratungsstellen in Kontakt mit 67er Klient*innen informiert werden.

TOP 6 Aktuelles aus den Verbänden, der LAG SIB und der lak

Frau Münchow stellt kurz die neue Broschüre der AWO mit dem Titel „Inklusive Geschlechtergerechtigkeit im AWO Landesverband Berlin e.V. – Sensibilität im Sprechen und Schreiben“- vor.

Die LAG SIB wird am 23.06.17 im Rahmen der Aktionswoche Schuldnerberatung wieder einen Fachtag in Kooperation der AG Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) durchführen. Das Motto der diesjährigen Aktionswoche lautet „Überschuldete brauchen starke Beratung“.

Verabredung:

- Neuauflage des Schreibens von 2015 zur Situation der Schuldnerberatungsstellen: Brief an die neue Landesregierung, in dem unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag auf die Notwendigkeit der Aufstockung der Mittel für Schuldnerberatung eingegangen wird. Zugleich soll die Problematik angesprochen werden, dass die letzte Erhöhung durch die entsprechende Kürzung der bezirklichen Eigenmittel „versickert“ ist. Frau Dr. Fairlie erstellt einen Entwurf, Abstimmung per Mail.

TOP 7 Verschiedenes

Frau Rockhoff wird gebeten, Frau Lühr in die nächste FA-Sitzung einzuladen.

Berlin, 13.04.2017
Wiebke Rockhoff